



Landeshauptstadt
München

Sozialreferat

**Referat für Gesundheit
und Umwelt**

Schwerpunkt-Befragung zur sozialen und gesundheitlichen Lage 2016





Landeshauptstadt
München

Sozialreferat

Referat für Gesundheit und Umwelt

Herausgeberin
Sozialreferat
Orleansplatz 11
81667 München

Referat für Gesundheit und Umwelt
Landeshauptstadt München
Bayerstr. 28a
80335 München
www.muenchen.de/rgu

Berichterstellung
Michaela-Christine Zeller
Sozialplanung
e-mail: michaela.zeller@muenchen.de
Tel.: 089/233-48709
Fax: 089/233-48761

Doris Wohlrab
Nachhaltige Entwicklung, Gesundheits- und Umweltberichterstattung
e-mail: gube-ne.rgu@muenchen.de
Telefon: 089 – 233 47782

Download des Berichts
<http://www.muenchen.de/soz/daten>
<http://www.muenchen.de/gbe> (→ Veröffentlichungen)

Copyright: Nachdruck und Zitate nur mit Quellenangabe erlaubt.

München, Juli 2016

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| 1. Auftrag..... | 2 |
| 2. Durchführung der Befragung..... | 2 |
| 3. Zufriedenheit mit dem eigenen Leben..... | 3 |
| 4. Einstellungen zu aktuellen Themenfeldern..... | 6 |
| 5. Gesundheit..... | 8 |
| 6. Umweltbedingungen..... | 12 |
| 7. Einstellungen zu Gesundheit und Umwelt..... | 15 |
| 8. Haushaltszusammensetzung und Einkommen der Befragten..... | 16 |
| 9. Persönliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit..... | 22 |
| 10. Ausblick..... | 23 |

1. Ausgangslage

Mit Beschluss vom 30.09.2015 wurden das Sozialreferat und das Referat für Gesundheit und Umwelt gemeinsam beauftragt, unter Einbezug des Statistischen Amtes und des Referates für Arbeit und Wirtschaft eine Schwerpunktbefragung zur sozialen und gesundheitlichen Lage durchzuführen.

Mit dem vorliegenden ersten, kurzen Bericht werden die wichtigsten Ergebnisse dieser Befragung vorgestellt. Die tiefergehenden Analysen und Interpretationen der Fachexpertinnen und -experten aus den beteiligten Referaten werden als Beiträge in der 'Münchner Statistik' des Statistischen Amtes noch dieses Jahr veröffentlicht. Zudem stellen die Ergebnisse der Befragung eine wichtige Grundlage des Münchner Armutsberichts 2017 dar, der derzeit erstellt wird. Darüber hinaus werden die beteiligten Referate je nach Bedarf noch weitere, eigene Veröffentlichungen erarbeiten.

Die Vorbereitung und Auswertung der Befragung wurde durch eine Projektgruppe vorgenommen, in der das Sozialreferat, das Referat für Gesundheit und Umwelt, das Referat für Arbeit und Wirtschaft und das Statistische Amt eng kooperieren. Dadurch wurde einerseits eine zeitnahe Veröffentlichung der Daten möglich, da die - in der Regel zeitraubenden - Abstimmungsprozesse mit einem Verkaufsträger entfielen. Andererseits ist auf diese Weise eine statistische Auswertung der Daten möglich, die den städtischen Bedarfen besser entspricht, da alle Beteiligten in ihren Arbeitsbereichen über langjährige fachliche und methodische Erfahrung verfügen und entsprechend praxisbezogene Schwerpunkte bei der Auswertung setzen können.

2. Durchführung der Befragung

Fragebogen

In der Befragung wurden die Münchnerinnen und Münchner zu sozioökonomischen Merkmalen und zu ihren Einschätzungen und Meinungen zu wichtigen aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Themen befragt. Der Gesundheitszustand und das Gesundheits- und Umweltverhalten der Befragten wurde ebenfalls erfasst. Der Fragebogen umfasste 78 Fragen auf 14 Seiten. Der Fragebogenentwurf wurde vorab mit der Frauengleichstellungsstelle, der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und der Stelle für interkulturelle Arbeit abgesprochen. Diese haben über das Statistische Amt auch die Möglichkeit, spezifische Auswertungen zu konzipieren und zu erhalten. Die vorliegenden Ergebnisse wurden mit den genannten Stellen abgestimmt.

Stichprobe

Zielgruppe der Befragung waren alle Münchnerinnen und Münchner, die ihren Hauptwohnsitz in München haben, und zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung mindestens 18 Jahre alt waren. Aus den für diesen Zweck freigegebenen Daten des Kreisverwaltungsreferates wurde eine Zufallsstichprobe von 16.000 Personen gezogen. Die Repräsentativität dieser Stichprobe ist durch die große Fallzahl bereits naheliegend; die Überprüfung auf Standardmerkmale wie Geschlecht, Alter, Deutsche/Ausländer, größte Nationengruppen und räumliche Verteilung bestätigte darüber hinaus die Güte der Zufallsauswahl.

Die zufällig ausgewählten 16.000 Bürgerinnen und Bürger wurden im Februar 2016 postalisch angeschrieben. Alternativ zum beiliegenden Papierfragebogen konnte die Befragung auch im Internet ausgefüllt werden. 3 % der Fragebögen waren postalisch nicht zustellbar. Insgesamt haben 3.706 Personen an der Befragung teilgenommen, was einem Rücklauf von 23 % entspricht. Dabei nahmen mehr Frauen (56 %) als Männer (44 %) an der Befragung teil. Der Anteil der nicht-deutschen

Befragten liegt bei 11,1 %, der Anteil der deutschen Befragten mit Migrationshintergrund bei 10,4 %; 78% der Befragten sind Deutsche ohne Migrationshintergrund. Ältere und höhere Bildungsabschlüsse sind in der realisierten Stichprobe überrepräsentiert. Diese Effekte sind für multithematische, kommunale Bürgerbefragungen typisch, und entsprechen somit in etwa den Ergebnissen vergleichbarer Umfragen (z.B. in Stuttgart).

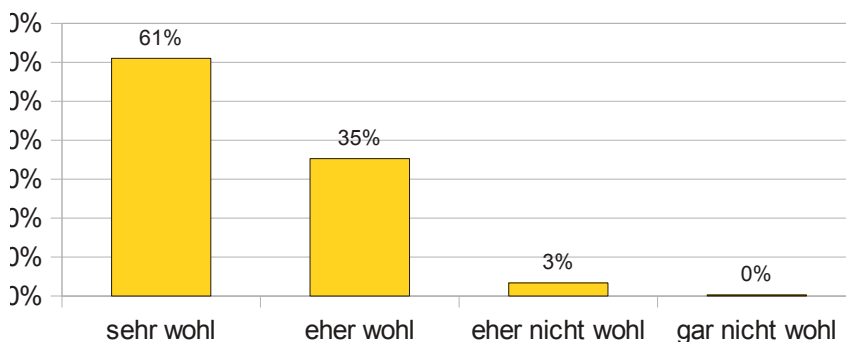
Auf eine nachträgliche Gewichtung (sog. „Redressment“) zum Angleichen der realisierten Ergebnisse an die Randverteilung in der Bevölkerung wird verzichtet, u.a. weil sie methodisch diskutabel ist. Der Analyseschwerpunkt dieser Befragung liegt weniger auf der Generierung globaler, aggregierter Einzelkennwerte, sondern auf der Detailanalyse der Unterschiede und Zusammenhänge der einzelnen Themen und Gruppen.

Mit der Durchführung der Befragung war das Statistische Amt betraut, lediglich der Druck und Versand und die Erfassung der schriftlichen Fragebögen wurden an externe Firmen vergeben.

3. Zufriedenheit mit dem eigenen Leben

Der größte Teil der Befragten fühlt sich in München wohl. 61 % beantworten die Frage 'Wie wohl fühlen Sie sich alles in allem in München?' mit sehr wohl, nur 0,3 % der Befragten geben hier an, sich in München gar nicht wohl zu fühlen.

Abbildung 1: Wie wohl fühlen Sie sich in München?

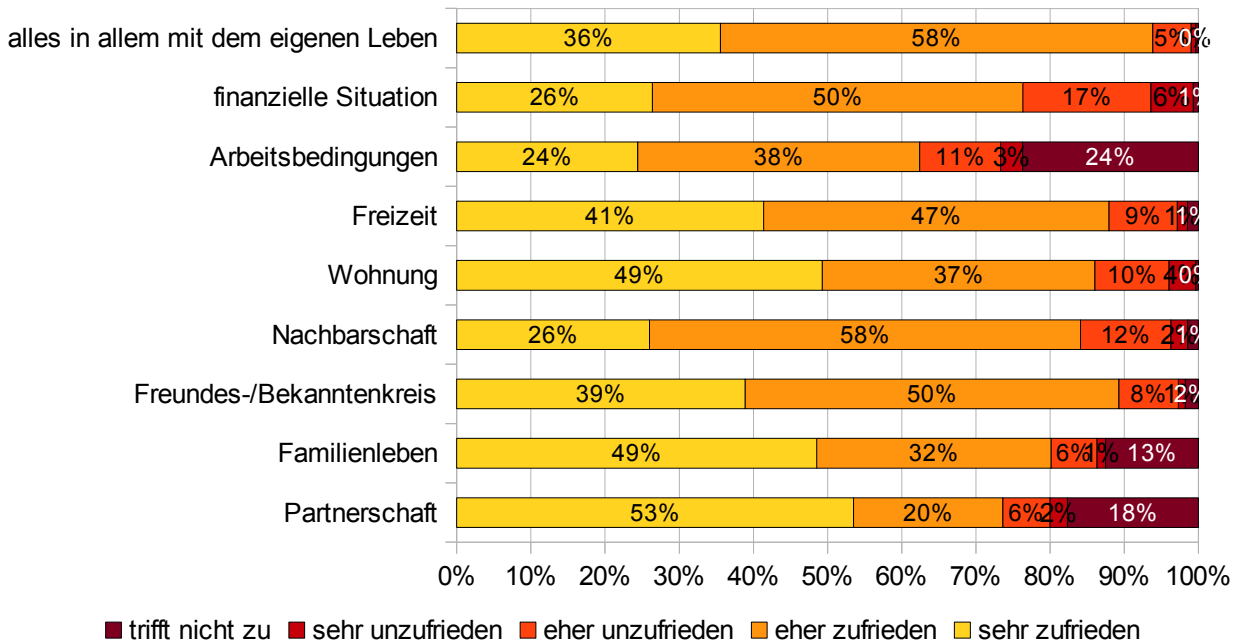


Betrachtet man die Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation so sind - bei einer insgesamt sehr hohen Zufriedenheit - doch Unterschiede zwischen verschiedenen Lebensbereichen festzustellen. Am unzufriedensten sind die Befragten mit ihrer finanziellen Situation, mit der 23 % der Befragten unzufrieden sind, gefolgt von ihrer Nachbarschaft, ihren Arbeitsbedingungen und der eigenen Wohnung mit jeweils 14 % der Befragten, die damit unzufrieden sind. Alles in allem mit ihrem Leben sind 6 % unzufrieden¹.

Lediglich in Bezug auf die finanzielle Situation bestehen geschlechtsspezifische Unterschiede: (sehr/eher) unzufrieden äußern sich hier 26 % der weiblichen und 20 % der männlichen Befragten.

¹ Im Text bzw. den Grafiken können sich bei Angaben zur prozentualen Häufigkeit Rundungsfehler ergeben. D.h. die Summe der einzelnen Prozentwerte ergibt in einzelnen Fällen nicht exakt 100 %.

Abbildung 2: Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen



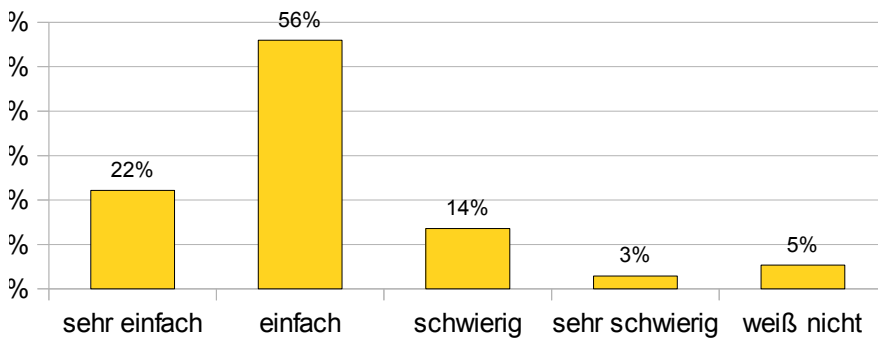
Zur weiteren Analyse wurde aus den oben dargestellten Angaben ein summativer Index Zufriedenheit gebildet². Folgende Zusammenhänge können beobachtet werden: je höher die Anforderungen der eigenen Beschäftigung eingeschätzt wird und je höher die Einkommensposition des Haushalts ist, umso zufriedener sind die Befragten. Je zufriedener Befragte sind, umso toleranter sind sie gegenüber anderen sozialen Gruppen. Deutsche ohne Migrationshintergrund sind im Mittel (mit einem Indexwert von 7,27) zufriedener als Deutsche mit Migrationshintergrund (7,01), die wiederum zufriedener sind als Ausländerinnen und Ausländer (6,94). Zwischen Männern und Frauen sowie verschiedenen Altersgruppen ist kein Unterschied zu beobachten.

Es ist davon auszugehen, dass die eigenen sozialen Netze ein wichtiger Faktor für die Zufriedenheit mit dem Leben sind. Um zu ermitteln, ob die Befragten in soziale Netze eingebunden sind wurde einerseits nach ihrer Möglichkeit, wenn nötig Hilfe zu erhalten und andererseits nach dem Vorhandensein von Personen, an die sich sich mit persönlichen Problemen wenden können, gefragt.

Für 17 % der Befragten ist es schwierig bis sehr schwierig, praktische Hilfe von anderen Personen zu erhalten, wenn sie diese benötigen.

² In diesen Index floss jedes Item mit 0 oder 1 Punkt ein, je nachdem ob der/die Befragte angibt, mit dem entsprechenden Lebensbereich (sehr/eher) zufrieden zu sein. Der Wertebereich dieses Indexes läuft von null bis neun, der Durchschnitt liegt bei 7,05.

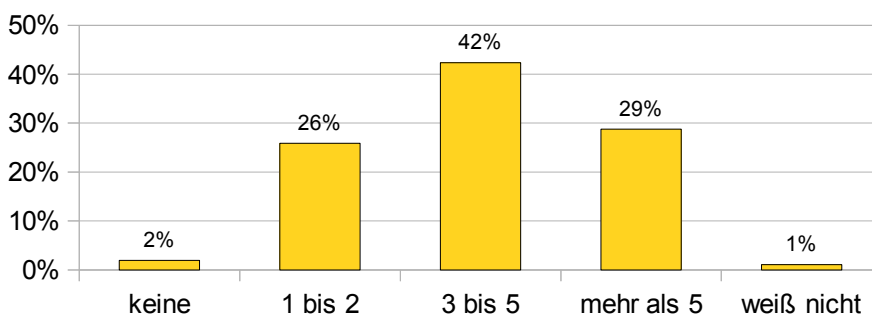
Abbildung 3: Wie einfach ist es für Sie, praktische Hilfe von anderen Personen zu erhalten, wenn Sie diese benötigen?



Es bestehen hier deutlichen Unterschiede je nach Einkommensposition. Je niedriger die Einkommensposition des Haushaltes ist, in dem die Befragten leben, umso schwieriger schätzen sie es ein, wenn nötig praktische Hilfe zu erhalten. Auch ist es für nicht-deutsche Befragte schwieriger, praktische Hilfe zu erhalten als für Befragte mit Migrationshintergrund, am einfachsten ist es für deutsche Befragte ohne Migrationshintergrund, bei Bedarf praktische Hilfe von anderen zu erhalten.

Ein großer Teil der Befragten hat drei bis fünf Menschen, auf die sie sich bei persönlichen Problemen verlassen können. 2 % der Befragten geben an, keinen Menschen zu haben, auf den sie sich bei persönlichen Problemen verlassen können, und 1 % weiß nicht, auf wie viele Menschen sie sich verlassen können.

Abbildung 4: 'Wie viele Menschen gibt es, auf die Sie sich verlassen können, wenn Sie persönliche Probleme haben?'



Hier gibt es deutliche Unterschiede, je nachdem in welcher Einkommensposition sich der Haushalt der Befragten befindet: je höher die Einkommensposition des Haushaltes, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Befragten sich bei persönlichen Problemen auf mehrere Menschen verlassen können. Nicht-deutsche Befragte haben zu einem höheren Prozentsatz keine oder ein bis zwei Personen, auf die sie sich bei persönlichen Problemen verlassen können, als Deutsche mit Migrationshintergrund, die wiederum weniger Personen haben, als Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Geschlechtsspezifische Unterschiede sind weder bei der Möglichkeit, praktische Hilfe zu erhalten, noch bei der Anzahl der Personen, auf die sich die Befragten bei persönlichen Problemen

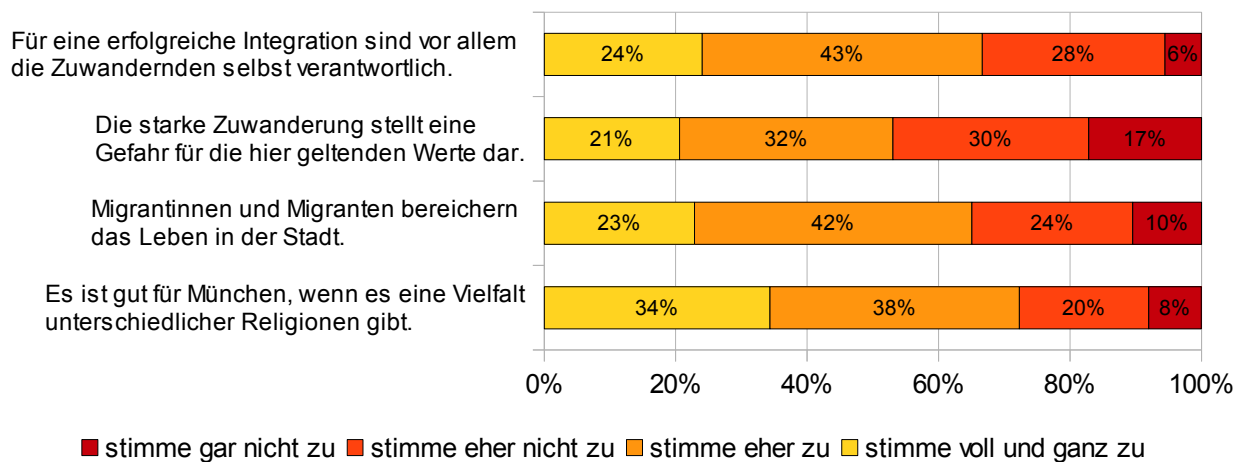
verlassen können zu beobachten.

4. Einstellungen zu aktuellen Themenfeldern

Einstellungen gegenüber 'Anderen'

Ein Themenschwerpunkt der Befragung lag auf den Einstellungen von Münchnerinnen und Münchnern zu verschiedenen sozialen Gruppen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Hier zeigt sich zunächst überwiegend eine tolerante Haltung gegenüber verschiedenen Gruppen, die hier zusammenfassend als 'Andere' bezeichnet werden. Über 70 % der Befragten finden, dass eine Vielfalt von Religionen gut für München ist, 66 % stimmen der Aussage zu, dass Migrantinnen und Migranten das Leben in der Stadt bereichern. Gleichzeitig hält die Mehrheit der Befragten (67 %) Zuwanderer für eine erfolgreiche Integration selbst verantwortlich. Mehr als die Hälfte der Befragten stimmt der Aussage, die starke Zuwanderung stelle eine Gefahr für die hier geltenden Werte dar, zu.

Abbildung 5: Einstellungen gegenüber 'Anderen'

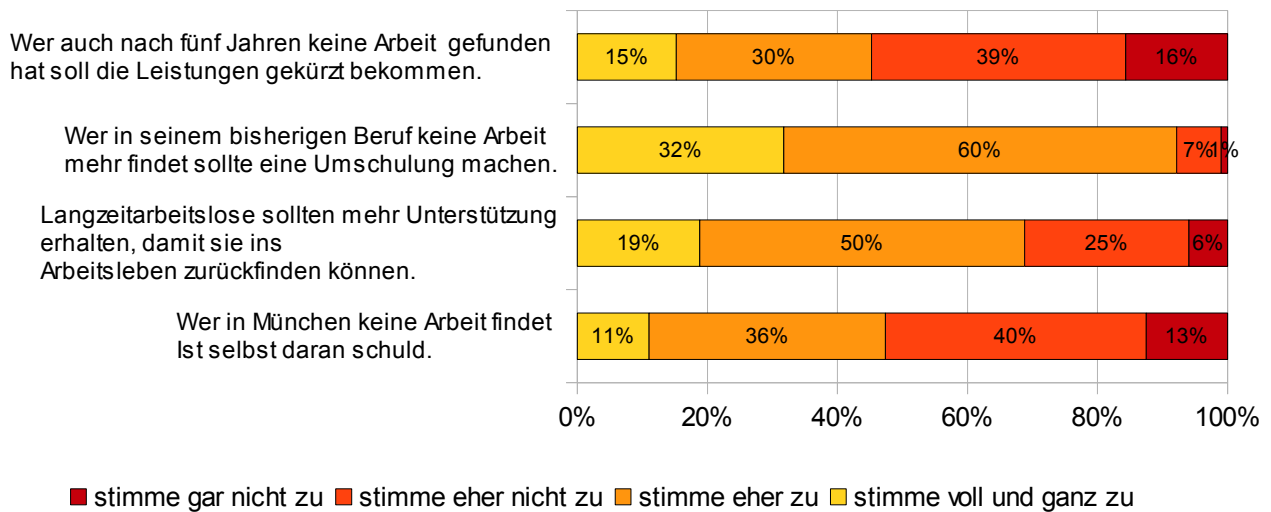


Einstellungen gegenüber Arbeitslosen

Den Befragten wurden vier verschiedene Aussagen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit vorgelegt, denen sie zustimmen bzw. die sie ablehnen konnten.

Die Mehrheit der Befragten befürwortet die Unterstützung von Langzeitarbeitslosen bei ihrer beruflichen Wiedereingliederung. Allerdings sieht jeweils knapp die Hälfte der Befragten vor dem Hintergrund des guten Münchner Arbeitsmarktes die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit bei den Betroffenen bzw. spricht sich für Leistungskürzungen bei lang anhaltender Arbeitslosigkeit aus.

Abbildung 6: Einstellungen gegenüber Arbeitslosen



Die Einstellung zur Arbeitslosigkeit korreliert mit der individuellen persönlichen Erfahrung mit Arbeitslosigkeit. So stimmen 68 % derjenigen, die in den letzten fünf Jahren nie arbeitslos bzw. arbeitssuchend waren, einer stärkeren Unterstützung für die berufliche Integration von Langzeitarbeitslosen zu. Unter den selbst bis zu 12 Monaten von Arbeitslosigkeit bzw. Arbeitssuche betroffenen beträgt dieser Anteil 72 % und bei den mindestens ein Jahr Arbeitslosen bzw. Arbeitssuchenden ist er mit 84 % am höchsten. Darüber hinaus finden diejenigen, die während der letzten fünf Jahre nie arbeitslos waren, häufiger, dass man in München selbst an der Arbeitslosigkeit schuld ist, sie plädieren häufiger für Leistungskürzungen bei Langzeitarbeitslosen und fordern häufiger, dass diejenigen, die in ihrem Beruf keine Arbeit mehr finden, eine Umschulung absolvieren sollen.

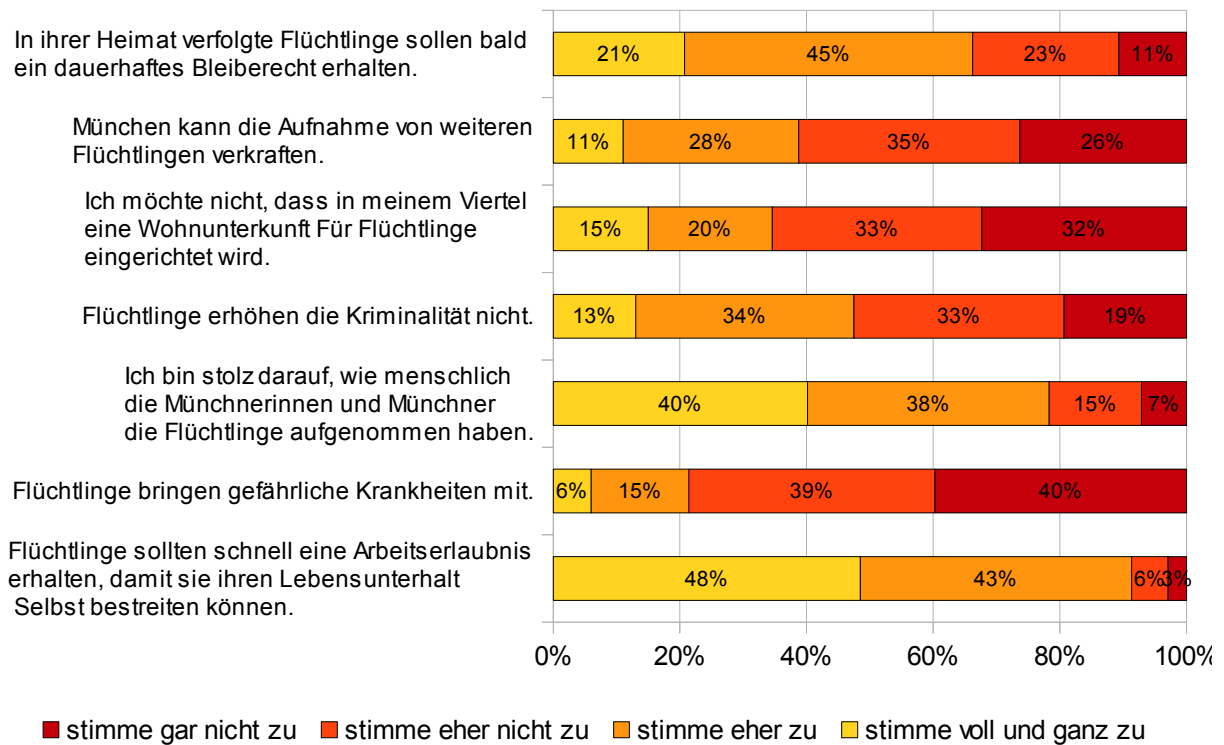
Einstellungen gegenüber Flüchtlingen

Eine große Herausforderung für die Stadt München und auch für die Münchnerinnen und Münchner war 2015 die Unterbringung der vielen Flüchtlinge, die in München angekommen sind. Daher war die Einstellung der Befragten gegenüber den Flüchtlingen ein wichtiges Thema in der Untersuchung. Hier zeigt sich eine durchaus differenzierte Haltung der Befragten zu den in München untergebrachten Flüchtlingen. Zwar stimmen 78 % der Befragten der Aussage zu, sie wären stolz, wie die Münchnerinnen und Münchner die Flüchtlinge aufgenommen haben, gleichzeitig sind aber nur 39 % der Befragten der Meinung, München könne die Aufnahme weiterer Flüchtlinge verkraften. Bei den Themen Kriminalität und Werte kommen Bedenken und/ oder Ängste zum Ausdruck: Mehr als die Hälfte der Befragten stimmt der Aussage, Flüchtlinge würden die Kriminalität nicht erhöhen, nicht zu.

Zwei Drittel der Befragten stimmen der Aussage zu, in ihrer Heimat verfolgte Flüchtlinge sollten bald ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten und über 90 % denken, Flüchtlinge sollen schnell eine Arbeitserlaubnis erhalten, damit sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können.

86 % der Befragten geben an, selbst keinen Kontakt zu Flüchtlingen zu haben, 11 % haben persönliche Kontakte zu Flüchtlingen,.

Abbildung 7: Einstellungen gegenüber Flüchtlingen



Zur weiteren Analyse wurde aus den oben dargestellten Variablen ein summativer Index 'Flüchtlinge' gebildet³. Folgende Zusammenhänge können beobachtet werden: je wohler sich die Befragten insgesamt in München fühlen, umso höher ist ihre Toleranz gegenüber Flüchtlingen. Ebenso steigt die Toleranz gegenüber Flüchtlingen mit zunehmendem Schulabschluss, höherer Stellung im Beruf und höherem Einkommen. Wer persönlichen Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund, Muslime oder Flüchtlingen hat, ist ebenfalls jeweils toleranter gegenüber Flüchtlingen.

Deutsche ohne Migrationshintergrund zeigen sich am tolerantesten gegenüber Flüchtlingen (mit einem Indexwert von 5,22), während die Toleranz von nicht-deutschen Befragten (Indexwert 4,89) und deutschen Befragten mit Migrationshintergrund (4,90) geringer ausgeprägt ist.

Zwischen Männern und Frauen sowie verschiedenen Altersgruppen ist kein Unterschied zu beobachten.

5. Gesundheit

Die Befragung zur sozialen und gesundheitlichen Lage umfasst eine Vielzahl von Fragen zu Gesundheitszustand, Gesundheitsverhalten sowie zu Umweltbedingungen und Einstellungen zu den Themenfeldern Gesundheit und Umwelt.

³ In diesen Index floss jedes Item mit 0 oder 1 Punkt ein, je nachdem ob eine Flüchtlingen gegenüber intolerante oder tolerante Haltung vertreten wird. Der Wertebereich dieses Indexes läuft von null bis acht, der Durchschnitt liegt bei 5,15.

Nachfolgend werden einige ausgewählte Ergebnisse dargestellt. Nach Bekanntgabe dieser ersten Ergebnisse im Stadtrat erfolgen weitergehende Analysen der enthaltenen Fragestellungen (zu den Bereichen Gesundheitszustand, Gesundheitsverhalten, Einschätzungen der gesundheitsbezogenen Versorgungsstruktur, Umweltbedingungen, Umweltgerechtigkeit, Einstellungen zu Gesundheit und Umwelt) mit differenzierten Analysen, die standardmäßig nach Geschlecht, Migrationshintergrund, Altersgruppen, Einkommensgruppen, Behinderungsstatus und - je nach Fragestellung - zusätzlich relevanten Variablen ausgewertet werden. Zunächst werden kurz Ergebnisse zum Gesundheitszustand der befragten Münchnerinnen und Münchner vorgestellt.

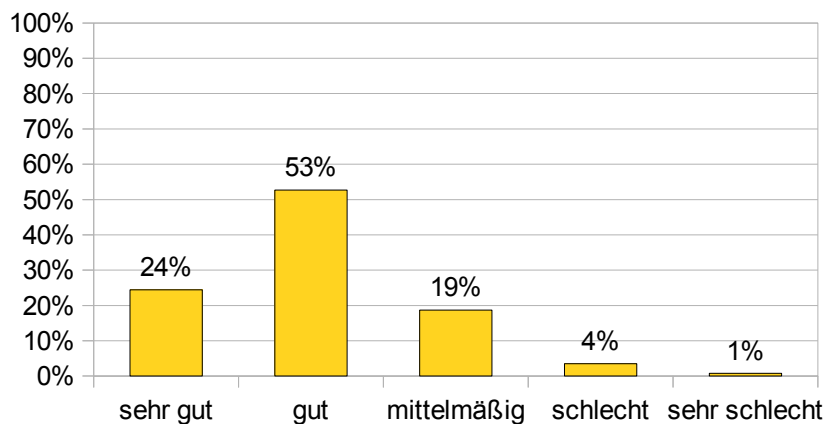
Allgemeiner subjektiver Gesundheitszustand

Die Erfassung des subjektiven, also selbst eingeschätzten Gesundheitszustands, hat sich in der Gesundheitsberichterstattung als wichtiger, aussagekräftiger und valider Indikator für den objektiven Gesundheitszustand erwiesen⁴. Deshalb werden bereits im vorliegenden Bericht für diese Variable differenzierte Ergebnisse nach Geschlecht, Altersgruppen, Migrationshintergrund, Einkommensgruppen und Behinderungsstatus ausgewiesen.

24 % der befragten Münchnerinnen und Münchner schätzen ihren Gesundheitszustand als sehr gut ein, weitere 53 % als gut. 19 % geben bei dieser Frage an, er sei mittelmäßig und 4 % bzw. 1 % erachten ihn als schlecht bzw. sehr schlecht.

Nach Geschlecht und Migrationshintergrund ergeben sich in keine statistisch signifikanten Unterschiede im Hinblick auf den subjektiven Gesundheitszustand. Dagegen liegen statistisch signifikante Unterschiede nach Altersgruppen, Behinderungsstatus und Einkommensgruppen vor.

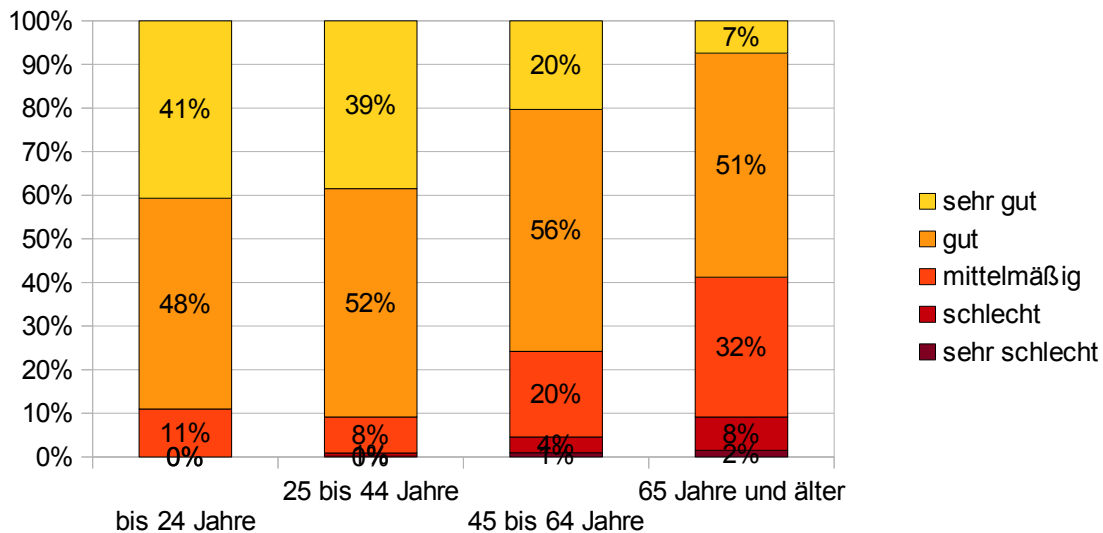
Abbildung 8: Allgemeiner subjektiver Gesundheitszustand



Die Auswertung nach Altersgruppen zeigt signifikante Unterschiede. Bei den Altersgruppen der jungen Erwachsenen bis 24 Jahren und den 25 bis 44-Jährigen geben jeweils 39 % bzw. 41 % an, dass sie ihren subjektiven Gesundheitszustand als sehr gut einschätzen. Bei den 45 bis 64-Jährigen sind dies 20 % und bei den Befragten ab 65 Jahren 7 %. In der Gruppe der älteren Befragten geben insgesamt 10 % an, dass ihr Gesundheitszustand schlecht/sehr schlecht ist.

⁴ Robert Koch-Institut (2011): Daten und Fakten: Ergebnisse der Studie 'Gesundheit in Deutschland aktuell 2009', S. 51

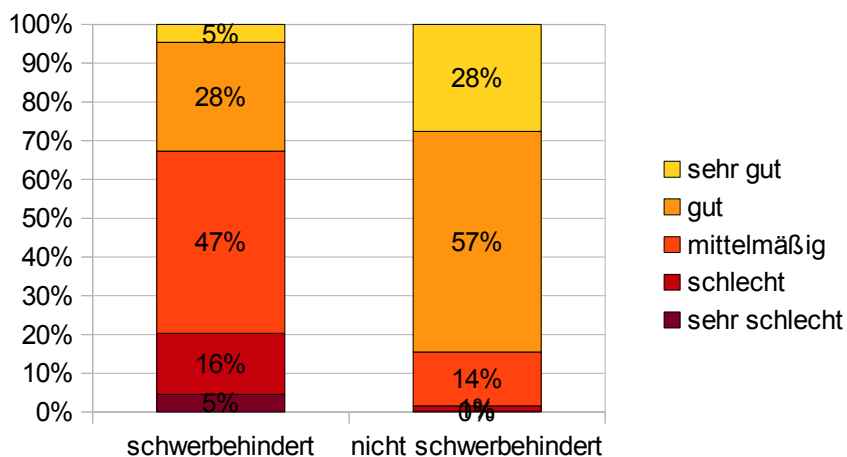
Abbildung 9: Allgemeiner subjektiver Gesundheitszustand nach Altersgruppen



Insgesamt gaben 14 % der Befragten an, dass bei ihnen eine Schwerbehinderung vorliegt.

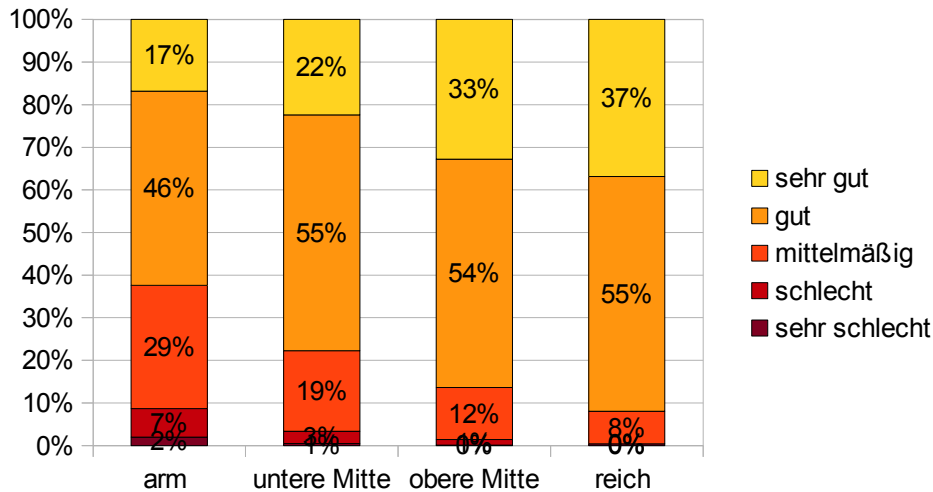
Der subjektive Gesundheitszustand wird von Personen mit anerkannter Schwerbehinderung schlechter eingeschätzt. Während 5 % bzw. 28 % der Personen mit Schwerbehinderung ihren Gesundheitszustand als sehr gut bzw. gut einschätzen, sind dies bei Personen ohne Schwerbehinderung 28 % bzw. 57 % Prozent.

Abbildung 10: Allgemeiner subjektiver Gesundheitszustand nach Schwerbehinderung



Der subjektive Gesundheitszustand der Befragten weist einen deutlichen sozialen Gradienten auf. Das bedeutet, dass Menschen aus armen Haushalten deutlich häufiger einen schlechten/sehr schlechten Gesundheitszustand angeben als Personen, deren Einkommen höher ist. Anders formuliert: 17 % der Personen aus armen Haushalten geben einen sehr guten Gesundheitszustand an gegenüber 22 % der Personen aus Haushalten der unteren Mitte, 33 % der Personen aus Haushalten der oberen Mitte und 37 % der Personen aus reichen Haushalten.

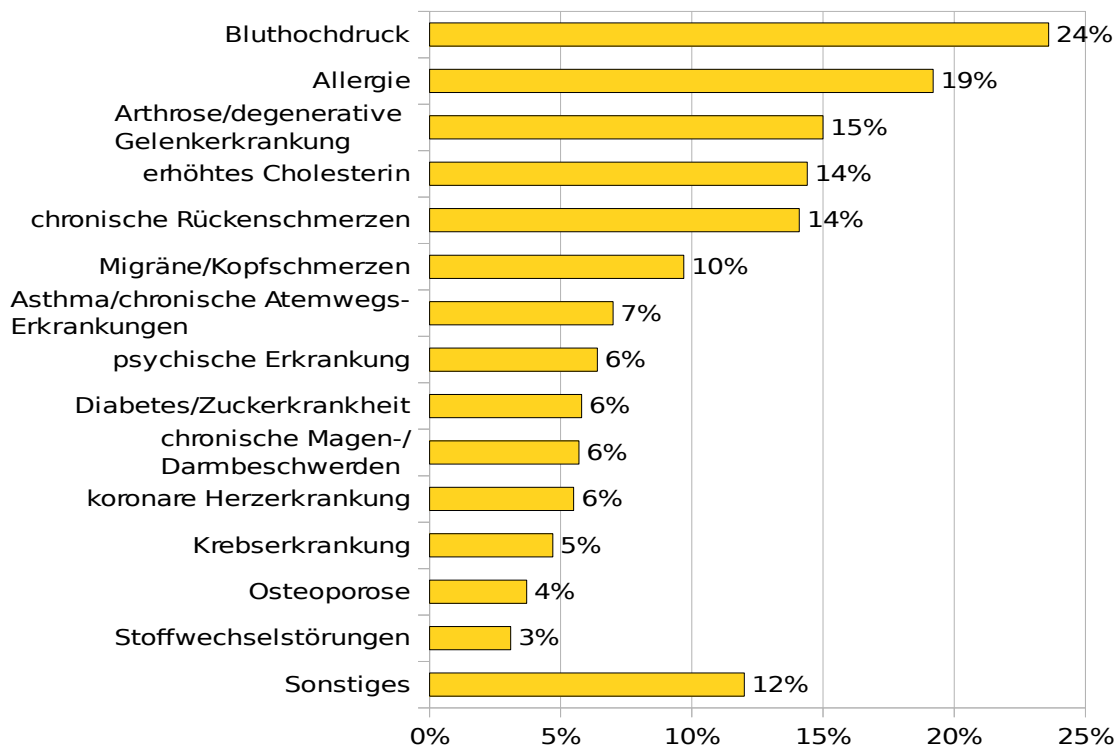
Abbildung 11: Allgemeiner subjektiver Gesundheitszustand nach Einkommensgruppen



Spezifische Erkrankungen

Konkret nach spezifischen Erkrankungen gefragt (wobei die Befragten mehrere Erkrankungen angeben konnten) zeigt sich, dass Störungen des Blutdrucks mit 24 % am häufigsten genannt werden. Es folgen Allergien mit 19 %, Arthrose/degenerative Gelenkerkrankungen mit 15 %, erhöhtes Cholesterin bzw. Rückenschmerzen mit jeweils 14 %. Psychische Erkrankungen und das Vorliegen eines Diabetes geben jeweils 6 % der Befragten an und bei 5 % liegt eine Krebserkrankung vor.

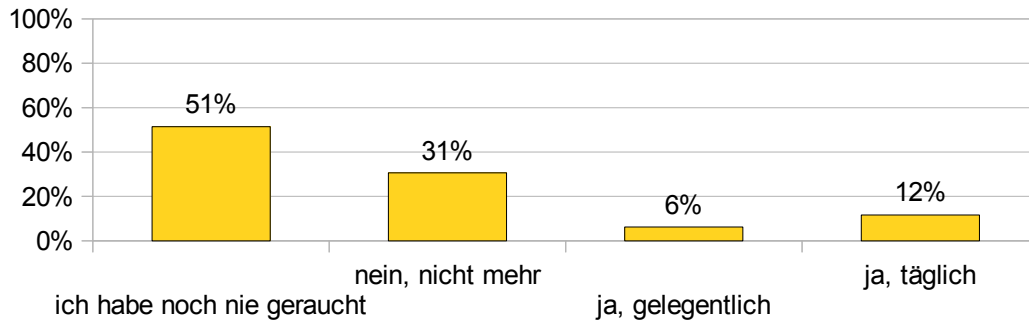
Abbildung 12: Art der Erkrankung (Mehrfachnennungen möglich)



Rauchgewohnheiten

Die Hälfte der befragten Münchnerinnen und Münchner gibt an, dass sie noch nie geraucht hat, weitere 31 % rauchen zum Befragungszeitpunkt nicht mehr. 12 % rauchen täglich und 6 % gelegentlich.

Abbildung 13: Rauchgewohnheiten

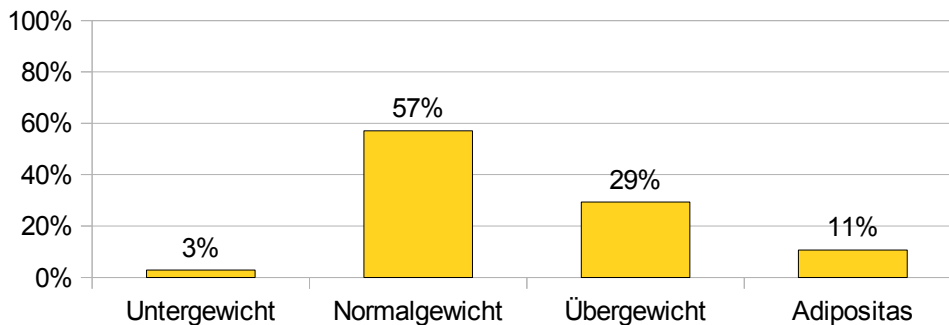


Body-Mass-Index

Der Body-Mass-Index wurde aus den Angaben der Befragten zu ihrem aktuellen Gewicht und zur Körpergröße berechnet und nach den Kriterien der WHO kategorisiert⁵.

57 % der befragten Münchnerinnen und Münchner können dementsprechend als normalgewichtig bezeichnet werden, 29 % haben Übergewicht, 11 % Adipositas und 3 % sind untergewichtig.

Abbildung 14: Body-Mass-Index



6. Umweltbedingungen

In der Befragung wurden verschiedene Fragen zu Umweltbedingungen und -belastungen gestellt. Beispielhaft sollen hier die Einschätzungen zu Lärmquellen, die innerhalb der Wohnung wahrgenommen werden, sowie Einschätzungen zu Hitzebelastungen an heißen Sommertagen dargestellt werden.

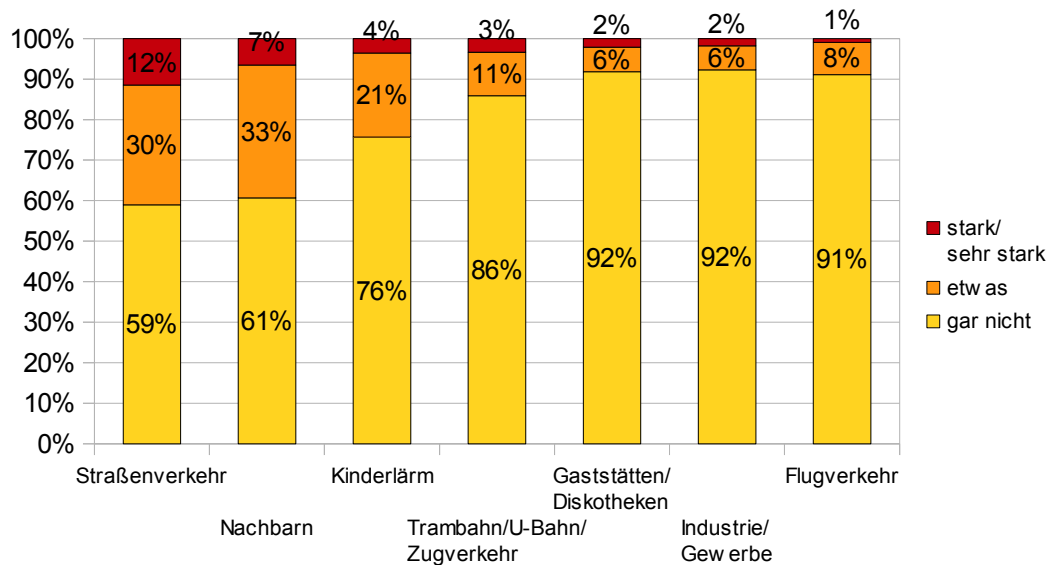
⁵ Mensink, G.B.M et al (2013): Übergewicht und Adipositas in Deutschland. Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS 1). Bundesgesundheitsblatt 56:786-794

Lärm

Lärm kann Auswirkungen auf die Gesundheit haben. Aus diesem Grunde wurden die Befragten um ihre Einschätzung gebeten, inwiefern sie sich innerhalb ihrer Wohnung durch verschiedene Lärmquellen belästigt fühlen.

Am stärksten beeinträchtigt fühlen sich die Befragten in ihrer Wohnung durch Straßenverkehr (12 %) und Nachbarinnen und Nachbarn (7 %), weiterhin durch Kinderlärm (4 %), Trambahn/U-Bahn/Zugverkehr (3 %), Gaststätten/Diskotheiken bzw. Industrie/Gewerbe (jeweils 2 %) und Flugverkehr (1 %).

Abbildung 15: Beeinträchtigungen durch Lärmquellen



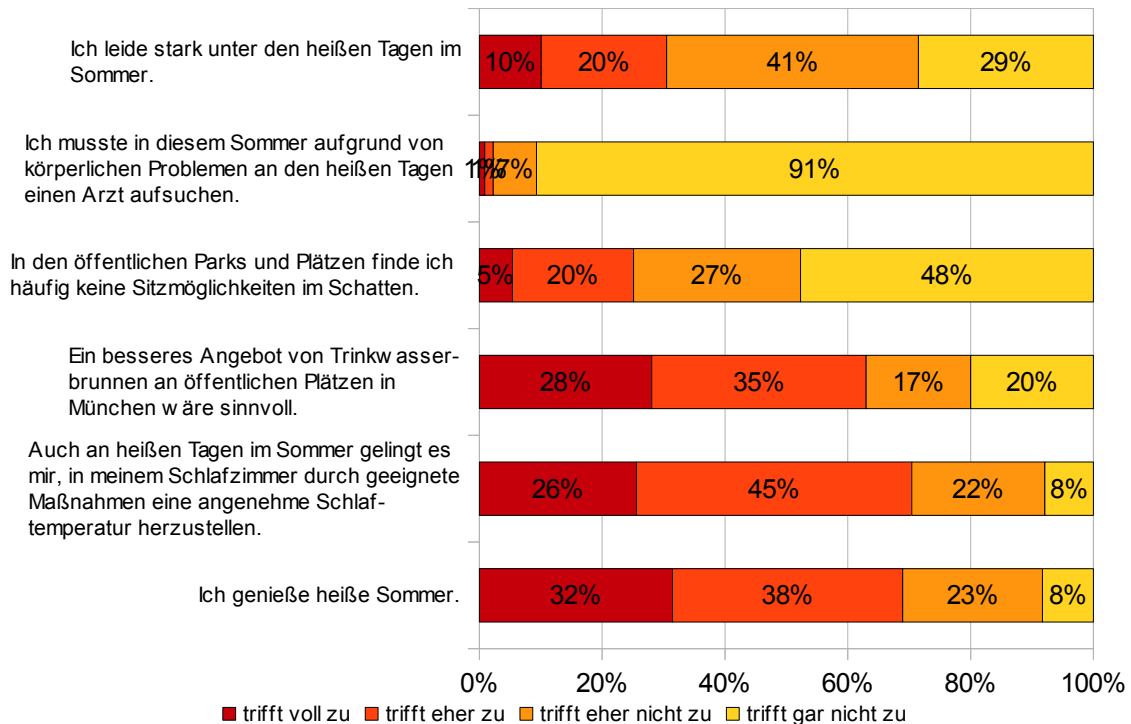
Beeinträchtigungen durch heiße Sommer

Strategien zum Klimaschutz bzw. zur Klimaanpassung werden angesichts der weltweiten klimatischen Veränderungen immer wichtiger. Deshalb wurden die Befragten um Angaben zu Belastungen durch heiße Sommertage gebeten.

30 % der Befragten leiden stark unter den heißen Tagen im Sommer. 69 % genießen die heißen Sommer⁶. Einen Mangel an Sitzplätzen im Schatten in öffentlichen Parks und an Plätzen benennen insgesamt 25 %. 30 % der Befragten gelingt es nicht, im Schlafzimmer eine angenehme Schlaftemperatur herzustellen. Ein besseres Angebot an Trinkwasserbrunnen an öffentlichen Plätzen erachten 63 % als sinnvoll .

⁶ Wenn nicht anders vermerkt, wurden in der Regel die Antwortkategorien trifft voll zu/trifft eher zu sowie trifft eher nicht zu/trifft gar nicht zu zusammengefasst.

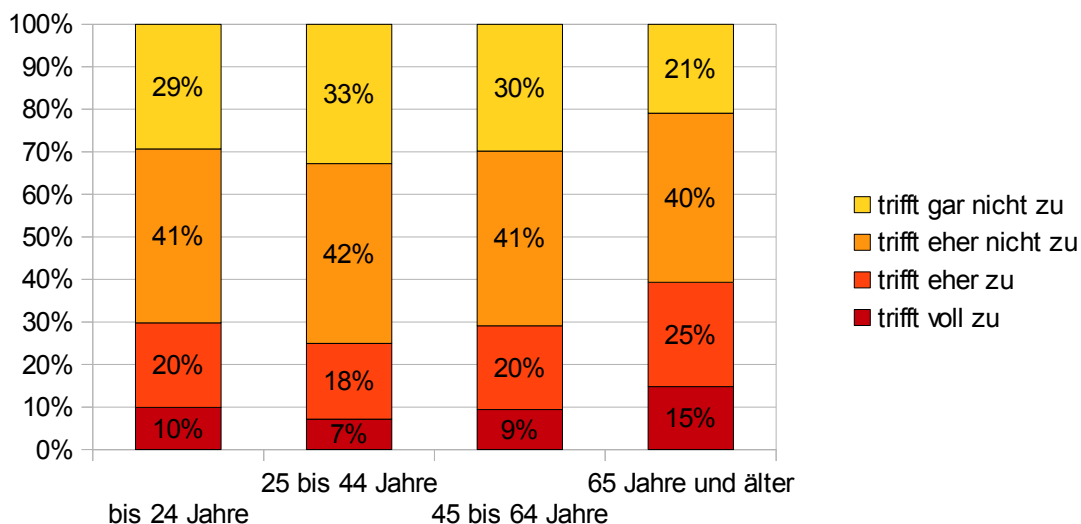
Abbildung 16: Beeinträchtigungen durch Hitze im Sommer



Hitzeperioden im Sommer gelten als besonders belastend für sogenannte vulnerable Gruppen. In der Regel werden ältere Menschen diesen Gruppen zugeordnet. Zwischen den Altersgruppen zeigen sich bezüglich des Items „Ich leide stark unter den heißen Tagen im Sommer“ statistisch signifikante Unterschiede. Während 30 % der jungen Erwachsenen bis 24 Jahre diese Aussage als zutreffend bewerten, sind es bei den ab 65-Jährigen 39 %.

Abbildung 17: Beeinträchtigungen durch heiße Tage nach Altersgruppen

„Ich leide stark unter den heißen Tagen im Sommer.“



7. Einstellungen zu Gesundheit und Umwelt

Im Zuge der Befragung wurden die Münchnerinnen und Münchner um persönliche Einschätzungen zu den Themen Gesundheit und Umwelt gebeten. Es wurden verschiedene Aussagen vorgegeben, für die die Befragten den Grad ihrer Zustimmung angeben sollten.

Zunächst werden die Aussagen zu Gesundheit und Lebensqualität dargestellt.

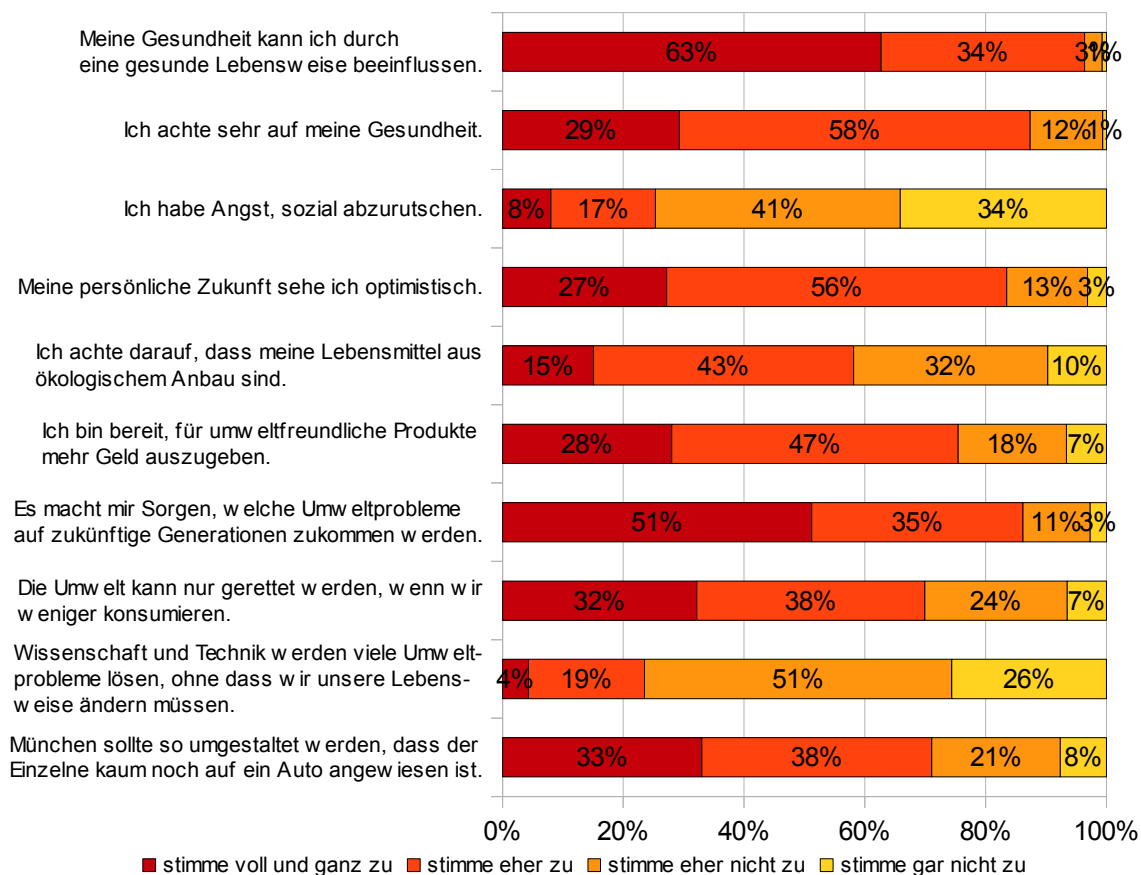
96 % der Befragten sind der Überzeugung, dass sie ihre Gesundheit durch eine gesunde Lebensweise beeinflussen können . 87 % achten sehr auf ihre Gesundheit .

25 % haben Angst, sozial abzurutschen. Die persönliche Zukunft sehen 84 % optimistisch, während 16 % dies nicht so sehen .

Ebenso wurden Einstellungen zu Umweltthemen erhoben.

58 % achten darauf, dass ihre Lebensmittel aus ökologischem Anbau sind. 75 % sind bereit , für umweltfreundliche Produkte mehr Geld auszugeben. 86 % der befragten Münchnerinnen und Münchner macht sich Sorgen, welche Umweltprobleme auf zukünftige Generationen zukommen werden.70 % sind davon überzeugt, dass die Umwelt nur gerettet werden kann, wenn weniger konsumiert wird. 77 % gehen nicht davon aus , dass Wissenschaft und Technik die Umweltprobleme lösen werden, ohne dass die eigene Lebensweise verändert werden muss. 71 % geben an, München sollte so umgestaltet werden, dass der Einzelne kaum noch auf ein Auto angewiesen ist.

Abbildung 18: Einstellungen zu Gesundheit und Umwelt

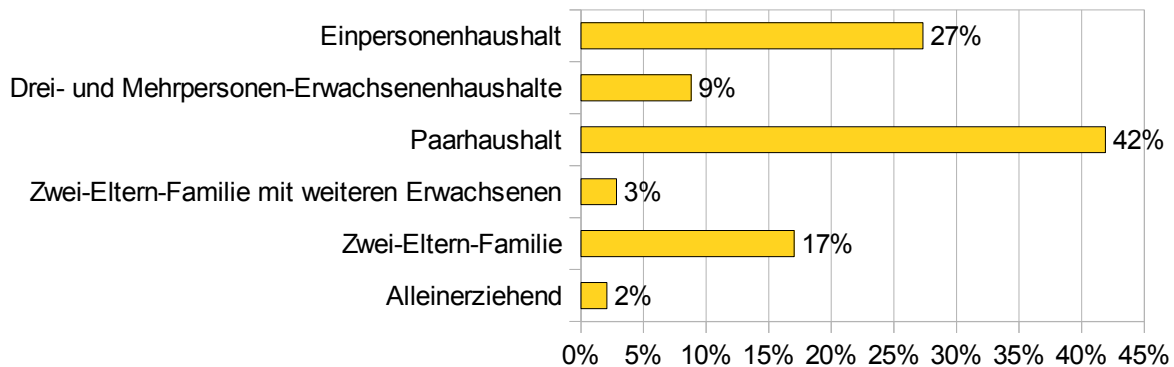


8. Haushaltszusammensetzung und Einkommen der Befragten

Haushaltszusammensetzung

Bei der Durchführung der Befragung wurde auf eine differenzierte Abfrage zu allen Haushaltsmitgliedern verzichtet. Daher können Angaben zur Zusammensetzung der Haushalte, in denen die Befragten leben, nur mit Einschränkungen gemacht werden. Da bekannt ist, wie groß der jeweilige Haushalt ist, wie viele Haushaltsmitglieder minderjährig sind und ob die Befragten in einer Partnerschaft leben, können Haushaltstypen gebildet werden.

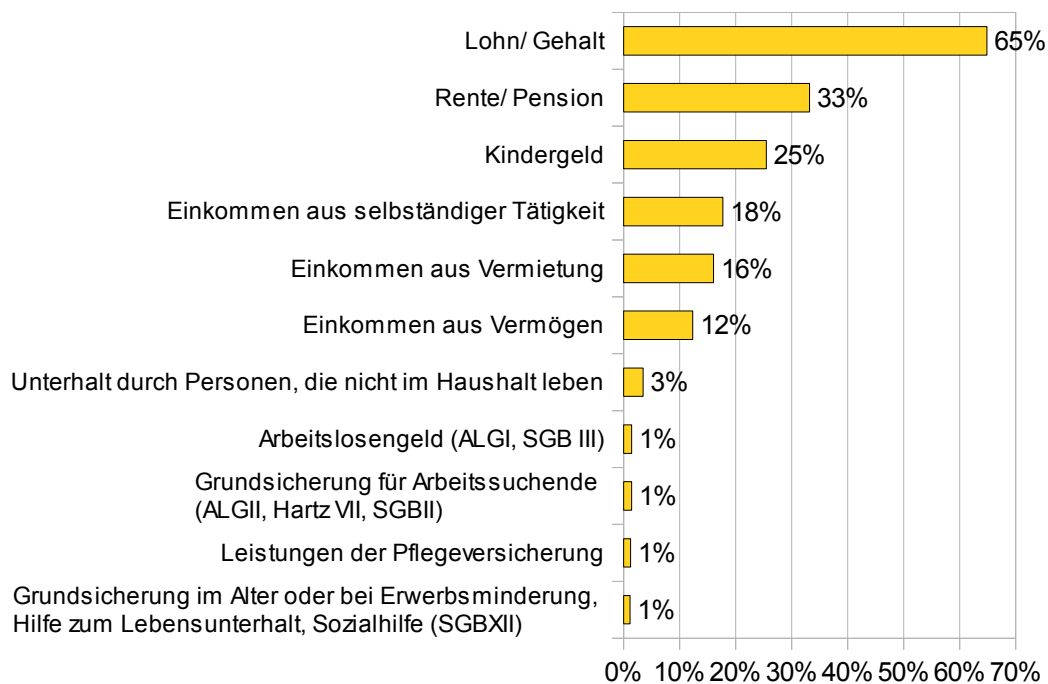
Abbildung 19: Haushaltstypen



Einkommen

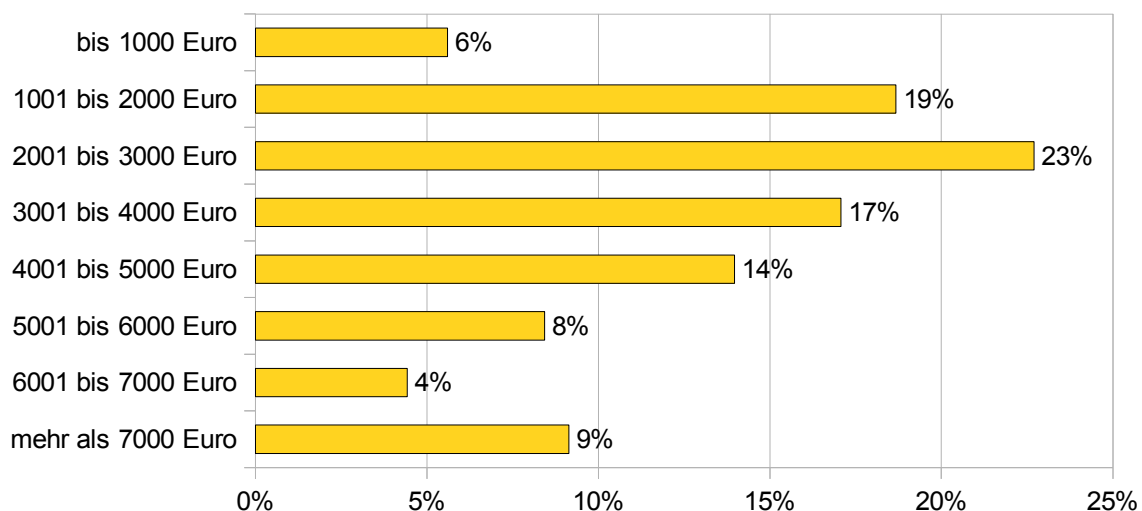
Das Einkommen von Haushalten setzt sich oft aus mehreren Einkommensarten zusammen, die Befragten wurden gebeten, alle von ihrem Haushalten bezogenen Einkommensarten zu nennen. 45 % der Befragten geben nur eine Einkommensart an, die ihr Haushalt bezieht. Die restlichen Befragten nennen zwei (33 %) bis sechs (0,2 %) Einkommensarten, die von ihrem Haushalt bezogen werden. Die am meisten genannte Einkommensart ist Lohn und Gehalt, das 65 % der Haushalte in denen die Befragten leben, erwirtschaften. 33 % der Befragten nennen Pension bzw. Rente als einen Bestandteil des Haushaltseinkommens. 25 % der Befragten erhalten Kindergeld, 18 % erwirtschaften einen Teil des Haushaltseinkommens aus selbständiger Tätigkeit. Der Anteil der Befragten, deren Haushalte über Einkommen aus Vermietung verfügen, liegt bei 16 % und 12 % der Haushalte verfügen über Einkommen aus Vermögen.

Abbildung 20: Zusammensetzung des Haushaltseinkommens (Mehrfachnennungen möglich)



Etwa 12 % der Befragten haben keine Angabe zur Höhe des Haushaltseinkommens gemacht. Von den 3.251 Personen, zu denen eine Information vorliegt, leben 47 % in Haushalten, die über ein Einkommen von bis zu 3.000 € verfügen und 53 % in Haushalten, die ein darüber liegendes Einkommen haben. 6 % der Befragten verfügen über ein Haushaltseinkommen von bis zu 1.000 €, 9 % über mehr als 7.000 €.

Abbildung 21: Haushaltseinkommen



Im Durchschnitt⁷ verfügen die Haushalte, in denen die Befragten leben über ein Einkommen von 5.330 € pro Monat. Da bei dieser Betrachtung die hohen Einkommen den Wert stark verzerren, wird bei der Betrachtung von Einkommen der Median verwendet, also der Wert, der die Befragte in

⁷ Arithmetisches Mittel = Summe aller Einkommen geteilt durch Anzahl der Einkommen

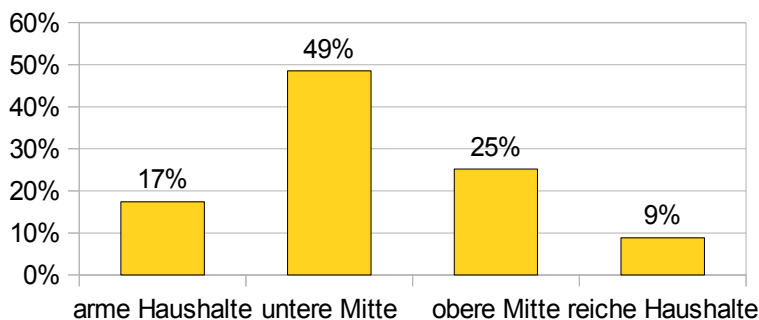
zwei gleich große Gruppen teilt. Dieser liegt bei 3.300 € Haushaltsnettoeinkommen pro Monat, d.h. die Hälfte der Befragten lebt in Haushalten, die über weniger als 3.300 € verfügen, und die Hälfte in solchen, deren Einkommen darüber liegt.

Das Haushaltseinkommen ist nur ein erster Anhaltspunkt für die wirtschaftliche Lage der Haushalte – relevant für die Bestimmung einer relativen Einkommensposition ist auch die Zusammensetzung des Haushaltes. Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und die Haushaltszusammensetzung vergleichbar zu machen, werden die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in sog. „Nettoäquivalenzeinkommen“ berechnet. Mithilfe einer Äquivalenzskala (hier nach der OECD Skala⁸) werden die Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung gewichtet, da der finanzielle Bedarf in Mehrpersonenhaushalten aufgrund gemeinsamer Nutzung von Wohnraum und Haushaltsgeräten nicht proportional mit der Anzahl der Personen steigt.

Das Nettoäquivalenzeinkommen konnte für 3.116 Befragte berechnet werden, da hierfür die Angaben sowohl zu Einkommen als auch zur Haushaltszusammensetzung benötigt werden. Das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen (Median) liegt bei 2.250 €, damit liegt die Armutrisikoschwelle⁹ bei 1.350 €.

17 % der Befragten leben in armen Haushalten, 9 % in reichen Haushalten. Den höchsten Anteil haben Befragte, die in Haushalten der unteren Mitte leben (49 %).

Abbildung 22: Relative Einkommensposition



Deutliche Unterschiede hinsichtlich der Einkommensposition zeigen sich nach Alter, Migrationshintergrund und Haushaltstyp.

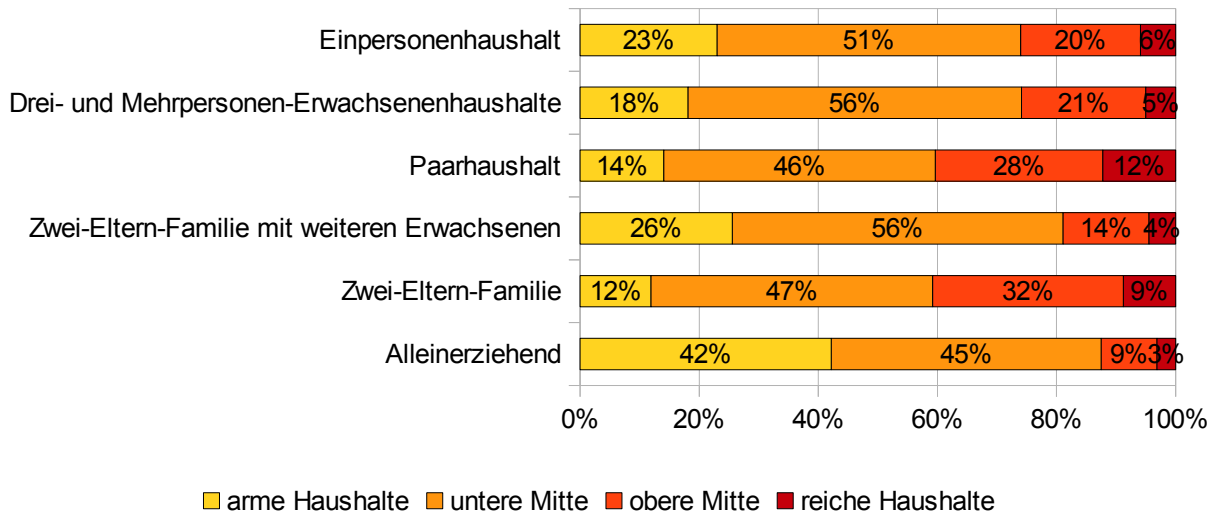
8 Mit dieser sog. „modifizierten“ OECD-Skala wird jeder ersten Person im Haushalt ein Bedarfsgewicht von 1,0, jedem zweiten Erwachsenen und Jugendlichen ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind unter 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3 zugeordnet.

Beispiel: Eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern im Alter von 13 und 4 Jahren; die beiden Erwachsenen verdienen zusammen 3.400 Euro netto pro Monat, für die Kinder erhält die Familie monatlich insgesamt 368 Euro Kindergeld. Zusammen verfügt die Familie über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 3.768 Euro. Laut der modifizierten OECD-Skala wird der/dem ersten Erwachsenen das Bedarfsgewicht 1,0, der/dem zweiten Erwachsenen das Bedarfsgewicht 0,5 und den Kindern jeweils das Bedarfsgewicht von 0,3 zugeordnet: die Summe der Gewichtungsfaktoren ist 2,1. Das Haushaltsnettoeinkommen von 3.768 Euro monatlich wird durch 2,1 dividiert und ergibt gewichtetes „Pro-Kopf-Einkommen“ in Höhe von 1.794 Euro. Damit liegt die Familie unter dem mittleren „Pro-Kopf-Einkommen“ von 2.250 Euro..

9 Arme Haushalte verfügen über ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 60 % des Einkommensmedians, Haushalte der unter Mitte über 60 % bis unter 120 %, der oberen Mitte 120 % bis unter 200 % und reiche Haushalte über mehr als 200 % des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens.

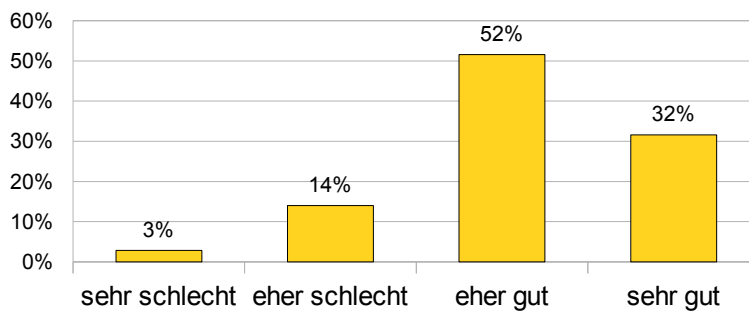
42 % der befragten Alleinerziehenden leben in armen Haushalten, nur 3 % sind reich. Der Anteil der reichen Haushalte ist bei Paarhaushalten mit 12 % am höchsten, gefolgt von Zwei-Eltern-Familien, von denen 9 % reich sind.

Abbildung 23: Einkommensposition nach Haushaltstyp



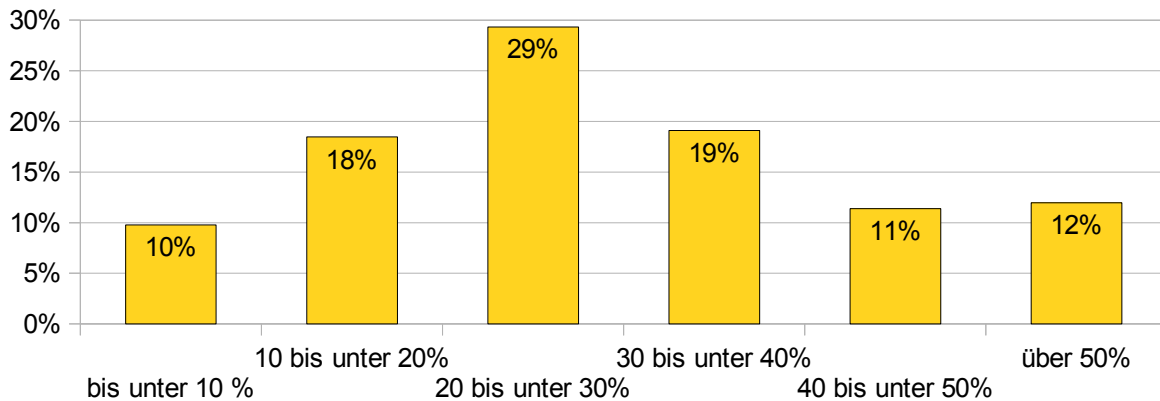
17 % der Befragten geben an, ihr Haushalt würde mit dem vorhandenen Einkommen sehr oder eher schlecht zurecht kommen. Hier gibt es erwartungsgemäß große Unterschiede zwischen Befragten aus armen und reichen Haushalten: 48 % der armen Befragten geben an, schlecht mit ihrem Einkommen zurecht zu kommen, während 96 % der reichen Befragten gut oder sehr gut zurecht kommen.

Abbildung 24: Wie kommt Ihr Haushalt mit dem vorhandenen Einkommen zurecht?



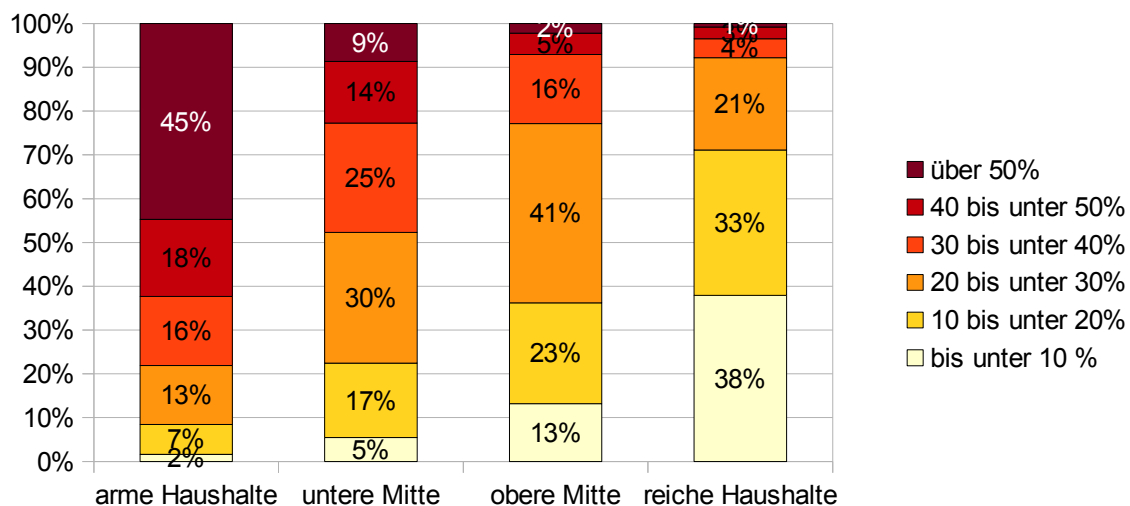
Im Mittel geben die Haushalte, in denen die Befragten leben, 32,5 % des Haushaltseinkommens für Miete oder die Tilgung/ Zinsen ihrer Kredite für selbstbewohnte Immobilien aus.

Abbildung 25: Mietbelastungsquote



Hier zeigen sich deutliche Unterschiede nach Einkommensposition des Haushaltes: Während 45 % der armen Haushalte eine Mietbelastungsquote von über 50 % haben sind dies bei den reichen nur 1 %. Entsprechend kommen Mietbelastungsquoten von weniger als 10 % bei 38 % der reichen und 2 % der armen Haushalte vor.

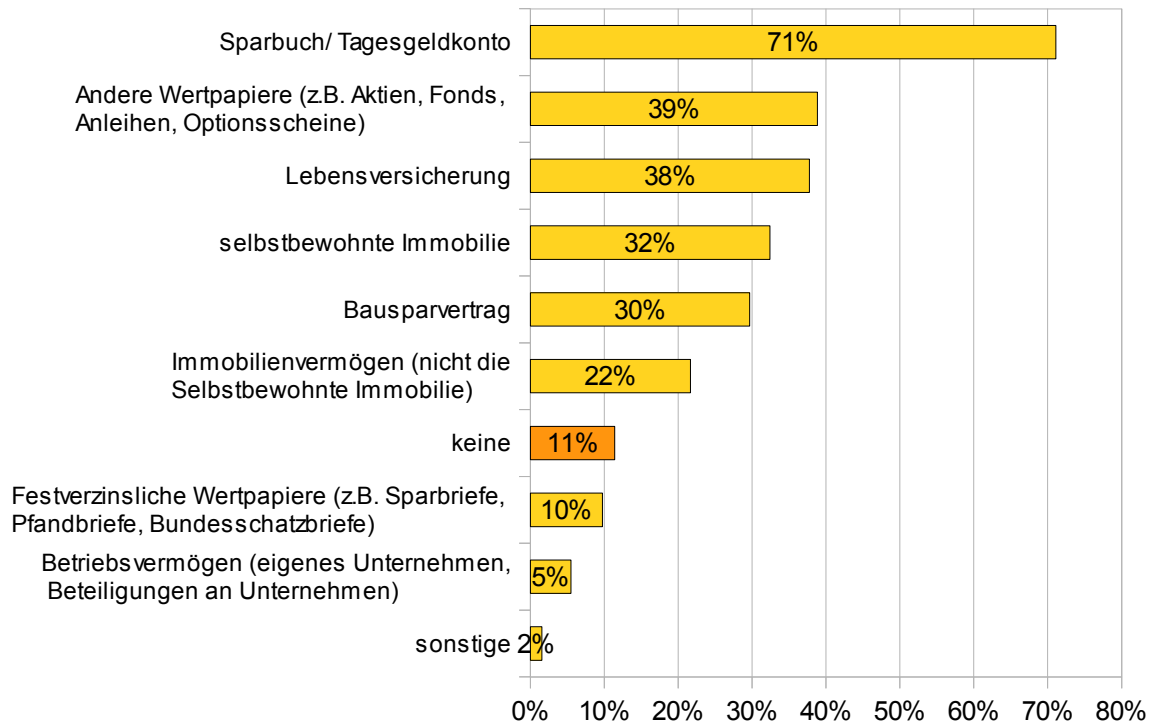
Abbildung 26: Mietbelastungsquote nach Einkommensposition des Haushalts



72 % der Befragten geben an, in der Regel monatlich einen gewissen Betrag sparen oder zurücklegen zu können, etwa für größere Anschaffungen, für Notlagen oder zur Vermögensbildung.

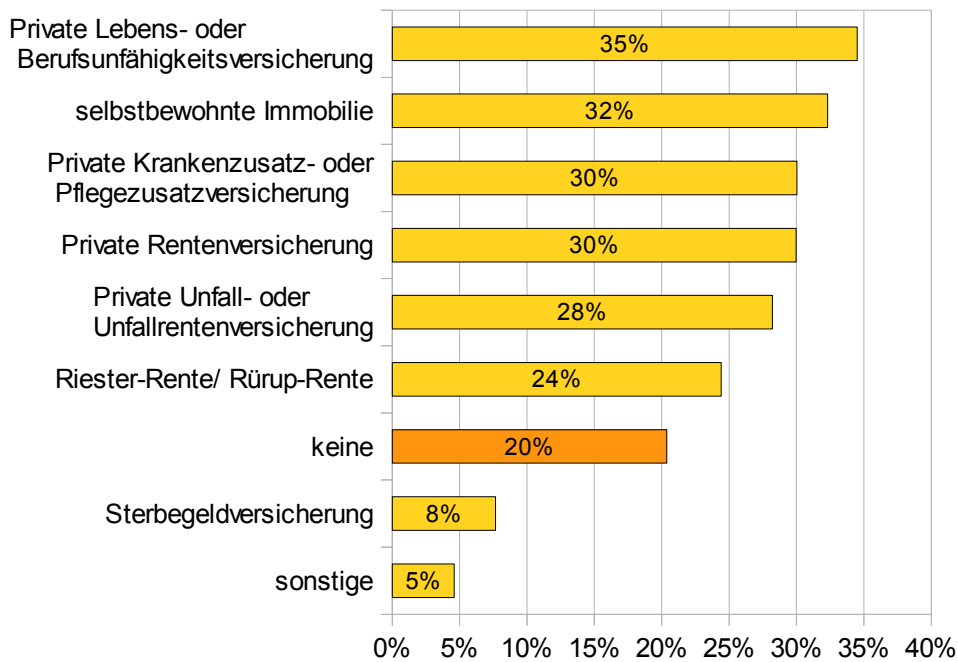
11 % der Befragten geben an, ihr Haushalt verfüge über keine Wertanlagen. Über ein Sparsbuch oder Tagesgeldkonto verfügen 71 % der Haushalte. Die neben diesen bei den Befragten am häufigsten vorhandenen Wertanlagen sind Wertpapiere, Lebensversicherungen und Immobilien, hier vor allem selbst bewohnte.

Abbildung 27: Wertanlagen, über die der Haushalt verfügt



20 % der Haushalte, in denen die Befragten leben, verfügen über keine private Vorsorgeformen. Die am häufigsten vorhandene Vorsorgeform ist die private Lebens- oder Berufsunfähigkeitsversicherung, gefolgt von selbst bewohnten Immobilien und privaten Pflege- sowie Krankenzusatz- oder Pflegezusatzversicherungen.

Abbildung 28: Private Altersvorsorge, über die der Haushalt verfügt



9. Persönliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit

In der Untersuchung wurde erhoben, wie lange die Befragten während der letzten fünf Jahre arbeitslos bzw. arbeitssuchend gemeldet waren. 85 % waren nie, 3 % weniger als einen Monat, 6 % ein bis sechs Monate, 3 % sieben bis zwölf Monate, 1 % ein bis zwei Jahre und 2 % mehr als zwei Jahre arbeitslos bzw. arbeitssuchend.

Befragte mit Migrationshintergrund waren in der Vergangenheit deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. 12 % der deutschen Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund waren während der letzten fünf Jahre arbeitslos oder arbeitssuchend, bei den Deutschen mit Migrationshintergrund beträgt dieser Anteil 20 % und bei den Ausländerinnen und Ausländern sogar 26 %. Die stark erhöhte Betroffenheit von Arbeitslosigkeit nach Migrationshintergrund kann über alle Qualifikationsstufen hinweg beobachtet werden. Für diese Analyse wurde auf eine Einschätzung der Haupterwerbstätigkeit durch die Befragten zurück gegriffen. 42 % der Befragten üben demnach eine hochkomplexe Tätigkeit aus, für die ein (Fach-)Hochschulstudium notwendig ist, 22 % arbeiten als Meister, Techniker oder mit einer Bachelor-Ausbildung und 29 % üben eine Tätigkeit aus, für die ein anerkannter Berufsabschluss (Lehre, Berufsfachschule) Voraussetzung ist. 7 % der Befragten arbeiten als Hilfs- oder angeleitete Arbeitskräfte. 16 % der deutschen Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund in einer Hilfs- oder Anlerntätigkeit waren während der vergangenen fünf Jahre mindestens einmal arbeitslos oder arbeitssuchend, bei den deutschen Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund beträgt dieser Anteil 20 % und bei den ausländischen Erwerbstätigen beläuft er sich auf 29 %. Auch bei den Hochqualifizierten sind Migrantinnen und Migranten häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen: 13 % der deutschen Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund mit einer Tätigkeit, die eine Hochschulausbildung erfordert, waren in den letzten fünf Jahren arbeitslos oder arbeitssuchend, unter den entsprechenden deutschen Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund waren dies 17 % und unter den ausländischen 22 %.

Die Erwerbstätigen wurden gefragt, für wie wahrscheinlich sie es erachten, während der kommenden zwölf Monate arbeitslos zu werden. Nur wenige sehen sich durch Arbeitslosigkeit bedroht: 63 % bezeichnen es als sehr unwahrscheinlich, 30 % als eher unwahrscheinlich und lediglich 4 % als wahrscheinlich und 3 % als sehr wahrscheinlich, innerhalb der kommenden zwölf Monate arbeitslos zu werden. Je höher das Qualifikationsniveau der Beschäftigung ist, desto geringer bewerten die Befragten ihr Risiko, arbeitslos zu werden: 4 % derjenigen, deren Erwerbsarbeit üblicherweise ein Hochschulstudium erfordert, bewerten es als sehr oder eher wahrscheinlich, in den kommenden zwölf Monaten arbeitslos zu werden. Bei denjenigen in einer Beschäftigung, die eine Meister-, Techniker- oder Bachelor-Ausbildung erfordert, beträgt dieser Anteil 6 %, bei denjenigen in einer eine Berufsausbildung erforderlichen Beschäftigung sind dies 7 % und unter den ungelerten Beschäftigten wird das Arbeitslosigkeitsrisiko mit 12 % am höchsten eingeschätzt.

Migrantinnen und Migranten sehen sich durch Arbeitslosigkeit besonders stark gefährdet. Während 5 % der deutschen Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund es als sehr oder eher wahrscheinlich einschätzen, innerhalb des nächsten Jahres arbeitslos zu werden, beträgt dieser Anteil bei den deutschen Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund 8 % und bei den ausländischen Erwerbstätigen 14 %. Der deutliche Unterschied der Einschätzung des Arbeitslosigkeitsrisikos besteht auch bei Kontrolle des Qualifikationsniveaus. So bewerten es 4 % der deutschen Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund mit einer hochkomplexen Tätigkeit, die üblicherweise ein Hochschulstudium voraussetzt, als sehr oder eher wahrscheinlich, in den nächsten zwölf Monaten arbeitslos zu werden. Bei den deutschen Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund

beträgt auf gleichem Qualifizierungsniveau dieser Anteil 5 % und bei den entsprechend beschäftigten ausländischen Erwerbstätigen ist der Anteil mit 11 % nochmals deutlich höher.

10. Ausblick

Für den Münchner Armutsbericht 2017 werden differenzierte Analysen zu Einkommen, Arbeitslosigkeit und insbesondere Zusammenhänge zwischen sozialer und gesundheitlicher Situation durchgeführt. Zudem werden die EU-Deprivationsindikatoren soweit möglich für München dargestellt werden, die genauer aufzeigen, worauf arme Haushalte aus finanziellen Gründen verzichten (müssen).

Bereits die ersten, knappen Analysen lassen erkennen, dass die Befragung, insbesondere nach Durchführung weiterer, differenzierter Auswertungen vielfältige Ansatzpunkte für konkrete Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Umwelt liefern kann, z.B. im Hinblick auf Gesundheitsförderung, Prävention und der Ausgestaltung von gesundheitsbezogenen Versorgungsstrukturen sowie von Umweltgerechtigkeit und Anpassung an den Klimawandel. In den weiteren Veröffentlichungen werden deshalb standardmäßig Analysen nach den Kategorien Geschlecht, Migrationshintergrund, Altersgruppen, Einkommensgruppen und Behinderungsstatus erfolgen. Je nach Fragestellung können die Analysen zusätzlich für Personen mit chronischen Erkrankungen oder Mehrfachbelastungen (z.B. Alleinlebende, Erwerbslosigkeit) durchgeführt werden. Auch hinsichtlich eines möglichen Zusammenhangs von Migrationshintergrund und Gesundheitszustand bzw. Umweltbelastungen sind noch weitere Auswertungen notwendig. Außerdem sind Analysen zur hausärztlichen Versorgung (Stichwort 'Walkability') unter Einbezug geographischer Methoden (im Sinne einer integrierten Gesundheits- und Umweltberichterstattung bzw. 'health geography') geplant.

Darüber hinaus werden die Ergebnisse in weitere Veröffentlichungen der beteiligten Referate einfließen oder auf wissenschaftlichen Fachtagungen vorgetragen werden.